

Niederschrift

**über die in der 01. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
am 06.11.2014 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Be-
schlüsse**

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 17:25 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 17:25 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 17:30 Uhr

anwesend sind

Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Koppers, Josef	Goch
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mulder, Andy	Kleve
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Engler, Gerd	Goch
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Killewald, Norbert	Kevelaer
Gorißen, Dietmar	Kleve
Höhn, Birgitt	Rees
Looschelders, Herbert	Kleve
Raubach, Müserref	Kleve
Habicht, Kai	Kerken

entschuldigt sind

Kersten, Gertrud	Kranenburg
Poell, Peter	Goch

anwesend sind von der Verwaltung

Wolfgang Spreen
Günter Franik
Andrea Schwan
Markus Dahms

Öffentliche Sitzung

1. Einführung und Verpflichtung der Ausschussmitglieder und stellvertretenden Ausschussmitglieder, die als sachkundige Bürger dem Ausschuss angehören
2. Bestellung eines Schriftführers und dessen Stellvertreter
3. Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand
4. Soziale Leistungen nach dem SGB II
Kommunale Eingliederungsleistungen im Kreis Kleve
5. Demografischer Wandel - Versorgungssituation älterer Menschen
Controllingbericht zur Demografischen Entwicklung
6. Förderung einer mobilen Wohnberatung im Kreis Kleve
Sachstandsbericht zum Projekt "Kostenfreie Wohnberatung vor Ort"
7. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem SGB XII
Sachstandsbericht zum Modellprojekt "KIM - Kinder Interaktions Modell"
8. Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve
Entsendung eines Vertreters des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
9. Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz für den Kreis Kleve - KPGK
Bericht aus der letzten Sitzung
10. Aufgaben und Struktur der künftigen Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz unter Berücksichtigung der gesetzlichen Veränderungen
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.10.2014
11. Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve
Bericht aus der letzten Sitzung
12. Anfragen
13. Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

14. Anfragen
15. Mitteilungen

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 75 /WP14

Einführung und Verpflichtung der Ausschussmitglieder und stellvertretenden Ausschussmitglieder, die als sachkundige Bürger dem Ausschuss angehören

Die sachkundigen Bürger, Herr Killewald und Herr Looschelders, werden vom Vorsitzenden Schreiber durch Verlesen der Verpflichtungsformel und anschließendem Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 76 /WP14

Bestellung eines Schriftführers und dessen Stellvertreter

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Für die Dauer der Wahlperiode bestellt der Ausschuss Herrn Kreisamtsrat Markus Dahms zum Schriftführer und Herrn Kreisamtsrat Jürgen Manser und Frau Kreisoberinspektorin Sabrina van Santen zu stellvertretenden Schriftführern.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 77 /WP14

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand

Herr Schreiber verweist auf die ausführliche Drucksache der Verwaltung, die in der üblichen Form auch umfangreiche Daten und Auswertungen beinhaltet.

Herr Engler merkt an, dass die Zahl der Leistungsbedürftigen offensichtlich einen neuen Höchststand erreicht hat. Er bedauert dies und fragt an, ob für den Bereich der Erwerbsaufstocker bereits Erkenntnisse zu einer potentiellen Verbesserung durch den Mindestlohn und ob Vergleichszahlen aus Nachbarkreisen vorliegen.

Herr Franik führt aus, dass konkrete Vergleichszahlen von Nachbarkreisen bei Bedarf beigebracht werden können. Bezüglich der Erwerbsaufstocker seien die Auswirkungen des Mindestlohns allerdings noch abzuwarten. Alles andere wäre reine Spekulation.

Herr Looschelders stellt fest, der Schwerpunkt bei der Aufgabenwahrnehmung im Rechtskreis des SGB II bildet offensichtlich die Integration in Arbeit. Er sähe es lieber, wenn der Schwerpunkt auf die Leistungsbearbeitung gelegt würde. Hier gäbe es lange Bearbeitungszeiten und es würden gelegentlich unnötige Unterlagen angefordert. Vielleicht könnte erhoben werden, welches Jobcenter im Kreis Kleve am kundenfreundlichsten ist.

Herr Rupp möchte gerne wissen, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Erwerbsaufstocker weiter zu qualifizieren, damit sie unabhängig von Leistungen nach dem SGB II werden. Außerdem fragt er nach Gründen für den erhöhten Zuwachs im Bereich der Langzeitleistungsbezieher im Vergleich zum Kreis Wesel.

Herr Franik informiert, dass die Erwerbsaufstocker eine sehr vielschichtige Zielgruppe sind. Es gebe Personen, die in Vollzeit, Teilzeit oder geringfügig beschäftigt sind. Zusätzlich seien noch

weitere Faktoren wie Mobilität, Alleinerziehung und Gesundheit zu berücksichtigen. Insoweit gebe es keine einheitliche Maßnahme für die Erwerbsaufstocker, sondern viele unterschiedliche und individuelle Vorgehensweisen. Des Weiteren sei in vielen Fällen bei den Erwerbsaufstockern ein Wegfall der Hilfebedürftigkeit durch Steigerung des Einkommens nicht mehr möglich. Wenn beispielsweise viele Personen in der Bedarfsgemeinschaft unterhalten werden müssen.

Zu den überdurchschnittlich hohen Zuwachs an Langzeitleistungsbeziehern in Kleve führt Herr Franik aus, dass sich der Anteil im Kreis Kleve (60,6 %) aktuell an den NRW Durchschnitt (67,1 %) annähere.

Ob es schon konkrete Zahlen zur Zielgruppe der Minijobber gibt und wie die Akzeptanz der Kampagne bei den Arbeitgebern gemessen wird, fragt Herr Habicht.

Herr Franik erklärt, dass die Akzeptanz bei den Arbeitgebern nicht messbar sei. Es gebe regelmäßig Umwandlungen in sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten. Es liege aber keine Erhebung darüber vor, ob hier immer die Kampagne ausschlaggebend war.

Im weiteren Verlauf der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt werden noch einige Verständnisfragen geklärt, die sich beispielsweise aus in der Drucksache verwendeten Abkürzungen und Fachtermini ergaben.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 78 /WP14

Soziale Leistungen nach dem SGB II
Kommunale Eingliederungsleistungen im Kreis Kleve

Der Vorsitzende stellt fest, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt keine Fragen oder Anmerkungen gibt.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 79 /WP14

Demografischer Wandel - Versorgungssituation älterer Menschen
Controllingbericht zur Demografischen Entwicklung

Für die vorliegenden Informationen bedankt sich Herr Killewald und regt gleichzeitig an, in der ersten Grafik des Controllingsberichts die Gruppe der unter 65-jährigen noch aufzuteilen in schulpflichtige Kinder und erwerbsfähige Personen. Außerdem empfiehlt er nicht nur die Daten von IT-NRW als Basis zu verwenden, sondern auch andere Institute einzubinden (z.B. die Bertelsmannstiftung).

Weiter fragt Herr Killewald, ob der Verwaltung Gründe für das in 2009 vergleichsweise niedrige Eintrittsalter in stationäre Einrichtungen bekannt sind und ob die Grafik der durchschnittlichen Verweildauer in stationären Einrichtungen nach bestimmten Gruppen weiter differenziert werden kann.

Herr Franik führt kurz aus, dass der Controllingbericht nur eine Ergänzung zum Demografiekonzept für den Kreis Kleve darstellt. Die Auswahl der Daten sei vom Kreistag so gewünscht worden.

Zu den konkreten Fragen antwortet Herr Franik, dass Ursachen für den in der Grafik erkennbaren Einbruch im Jahr 2009 nicht bekannt sind und er prüfen wird, ob die gewünschte Auswertung aus der Hilfeempfängerdatei erfolgen kann.

[Anmerkung der Verwaltung außerhalb der Niederschrift: Die eingesetzte Software ist nicht sehr automatisiert und lässt keine weitere Differenzierung zu.]

Anschließend fragte Herr Killewald noch an, ob die Prognosen zu der Fallzahlentwicklung im Bereich der Hilfe in Einrichtungen und außerhalb von Einrichtungen gekoppelt werden könnten mit Durchschnittswerten der Rentenhöhe, die über den Rententräger zur Verfügung gestellt werden.

Auch diesbezüglich sagt Herr Franik eine Klärung zu.

[Anmerkung der Verwaltung außerhalb der Niederschrift: Der Deutsche Bundestag hat unter der Internetadresse <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/000/1800095.pdf> den „Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren (Rentenversicherungsbericht 2013)“ veröffentlicht. Der Bericht umfasst 96 Seiten. Eine eindeutige Rentenprognose für den Zeitraum bei 2027 oder 2030 ist dort allerdings nicht enthalten, vielmehr werden diverse Stellschrauben (Annahmen Lohnentwicklung, Annahmen zu notwendigen Anpassungen der Beitragssätze und einer Nachhaltigkeitsrücklage) benannt. Eine direkte Gegenüberstellung der im Kreis zu erwartenden Fallzahlen mit den zu erwartenden Rentenhöhen ist ohne differenzierte wissenschaftliche Betrachtung daher nicht möglich.]

Herr Habicht fragt nach, wie die Zeitplanung für die Anpassung der Bevölkerungsprognose aussieht und ob Rückstellungen für die künftig anfallenden erheblichen Kosten gebildet werden.

Herr Franik verweist auf die Anmerkung auf Seite 1 des Controllingsberichts, in der ausgeführt wird, dass IT-NRW mit der Anpassung im Jahr 2015 beginnen werde und weiterführende Informationen nicht vorliegen. Rückstellungen für steigende Fallzahlen seien nicht gebildet worden.

Herr Schreiber bittet darum, den neuen Ausschussmitgliedern ein Exemplar des Demografiekonzeptes zukommen zu lassen.

Herr Rupp schätzt ein, dass das Thema Demografie und Kosten angesichts der prognostizierten Entwicklung bis ins Jahr 2030 ein Dauerproblem bleiben wird.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 80 /WP14

Förderung einer mobilen Wohnberatung im Kreis Kleve
Sachstandsbericht zum Projekt "Kostenfreie Wohnberatung vor Ort"

Der Vorsitzende führt aus, dass im Haushalt 50.000,- € für diese Aufgabe bereitgestellt wurden. Entsprechende Informationen und Flyer liegen den Ausschussmitgliedern vor.

Frau Schmidt fragt an, wer sich hinter den 22 Anbietern verbirgt und wie viele Anträge bereits vorliegen.

Herr Franik benennt exemplarisch einige der 22 Anbieter und sagt zu eine vollständige Liste der Niederschrift zur Sitzung beizufügen *[siehe Anlage]*. Zum jetzigen Zeitpunkt seien bereits 40 Anträge eingegangen.

Herr Schreiber möchte gerne wissen wie hoch die Kosten pro Beratung sind.

Die Beratung ist für den Bürger kostenfrei und belastet nach Aussage des Herrn Franik den Kreis-
haushalt mit 150,- € je Beratung.

Herr Habicht interessiert, ob die Anbieter bei den Anträgen später auch Dinge umsetzen konnten.

Herr Franik verweist darauf, dass lediglich die Beratung Gegenstand des Pilotprojektes ist und
daher daraus resultierende wirtschaftliche Umsätze später nicht erhoben werden. Wohl aber sei
eine Evaluation nach Durchführung der Beratung vorgesehen.

Herr Rupp fragt noch an, ob auch der Vermieter oder nur der Mieter einer Wohnung das Angebot
nutzen kann.

Herr Franik antwortet, dass das Beratungsangebot für Mieter und Eigentümer von selbstgenutzten
Wohnraum offen stehe.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 81 /WP14

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem SGB XII
Sachstandsbericht zum Modellprojekt "KIM - Kinder Interaktions Modell"

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht parteiübergreifend (Wortbeiträge der Herren Hohl, Kille-
wald und Gorißen) die Einschätzung, dass es sich bei dem Kinder Interaktions Modell (KIM) um
ein hervorragendes Projekt handele, für welches man der Verwaltung ein besonderes Lob aus-
sprechen müsse. Eine Fortsetzung des Projektes sollte in jedem Fall besondere Unterstützung
erhalten.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 82 /WP14

Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve
Entsendung eines Vertreters des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Schreiber bittet um Vorschläge, welches Ausschussmitglied entsendet werden soll.

Herr Engler schlägt Herrn Norbert Killewald vor, da er diese Aufgabe bereits in der Vergangenheit
wahrgenommen hat.

Gegenvorschläge gibt es nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Herr Norbert Killewald wird in die Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve entsendet.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 125 /WP14

Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz für den Kreis Kleve - KPGK
Bericht aus der letzten Sitzung

Frau Kreuzmann bringt ihre Verwunderung zum Ausdruck, dass eine so gut besetzte und wichtige Veranstaltung nur 10 Minuten gedauert habe.

Diesbezüglich merkt Herr Schreiber an, dass die Sitzung gut vorbereitet und im Vorfeld abgestimmt war.

Herr Engler stellt fest, dass der Landrat im letzten Absatz der Niederschrift die Anwesenden aufgefordert hat, weiter in der Sache engagiert zu arbeiten. Hieraus könne man den Rückschluss ziehen, das Engagement der Teilnehmer der KPGK habe nachgelassen.

Entgegen dieser These versichert der Landrat, dass die Sitzung –wie immer- gut vorbereitet und in Untergruppen vorbesprochen war. Deshalb war, ohne dass ein geringeres Engagement festzustellen war, alles gesagt. So konnte es zu dieser schnellen Sitzung kommen.

Auch Herr Killewald bestätigt, dass die vergangene Sitzung in Bezug auf ihre Dauer eine Ausnahme darstellte. Es werde stets gut gearbeitet und es gebe noch viele Aufgaben zu erledigen.

Herr Rupp verweist nochmals auf den letzten Satz des Protokolls.

Herr Landrat Spreen widerspricht erneut und erklärt, dass die Dauer der Sitzung nichts über die Qualität der Arbeit und das Engagement der Mitglieder aussage. Autarke Mitglieder bringen in jeder Sitzung ein, was sie für notwendig halten.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 126 /WP14

Aufgaben und Struktur der künftigen Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz unter Berücksichtigung der gesetzlichen Veränderungen
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.10.2014

Der Vorsitzende erteilt der antragstellenden Fraktion das Wort.

Herr Killewald führt aus, dass schon mal im Ausschuss besprochen wurde, was ambulante und was stationäre Pflege bedeutet. Auch die Gesetze sind nach seiner Kenntnis bekannt. Insoweit könne jetzt eingegriffen werden in den Pflegebedarf der Zukunft. Es sei jetzt aus Sicht seiner Fraktion geboten, dass der Kreis signalisiere, so wenige Pflegeplätze wie möglich und so viele wie nötig künftig zu zulassen, damit private Investoren nicht unkontrolliert Pflegeplätze aufbauen. Der Schwerpunkt müsse künftig zwingend auf dem Ausbau der ambulanten Pflege liegen.

Herr Gorißen bringt sein Unverständnis für den Antrag zum Ausdruck. Die Änderung der Gesetzesvorlage zu erörtern, bevor das Land diese mit Inhalten gefüllt hat, erscheint nicht zielführend. Auch auf eine Limitierung von zusätzlichen Pflegeheimen könne verzichtet werden, da private An-

bieter ohnehin den Bedarf an Pflegeplätzen im Vorfeld einer Investition abklären werden. Des Weiteren steht jedem Menschen das Recht zu auch ohne staatliche Planung bei Bedarf in ein Pflegeheim zu gehen.

Herr Mulder weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion die Bedenken der Verwaltung aus der Vorlage teilt.

Herr Killewald führt aus, dass der Antrag darauf zielt, in den kommenden 1-2 Jahren Maßnahmen gegen einen „Wildwuchs“ an Pflegeheimen zu ergreifen. Denkbar wäre eine Beteiligung des Ausschusses bei Neubau von Pflegeheimen.

Hierzu gibt der Landrat zu bedenken, dass die Bedarfsbestätigung abgeschafft wurde und nicht wieder eingeführt werden solle. Allein der Bedarf der Menschen im Kreis sollte ausschlaggebend sein.

Ergänzend erklärt Herr Killewald, dass es im Kreis viele Gebiete gibt, die kurzfristig überplant werden müssen (Uniongelände Kleve, Finanzamt Geldern, Kaserne Goch). Wenn ein Investor dort plant, werde erfahrungsgemäß gerne auch ein Pflegeheim aus wirtschaftlichen Gründen mit eingeplant ohne Berücksichtigung des Bedarfs. Dies gälte es zu verhindern.

Der Landrat hält eine Korrektur der Entscheidungen der Kommunen vor Ort für einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Kommunen. Es gebe bisher kein Beispiel dafür, dass vor Ort nicht sorgfältig mit der Verantwortung bei der Planung von solchen Gebieten umgegangen wird.

Auch Herr Hohl sieht die Zuständigkeit diesbezüglich bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Herr Looschelders plädiert für eine Steuerung bei der Schaffung von Pflegeplätzen. Über Anreize sollten neue alternative Wohnformen wie beispielsweise „generationsübergreifendes Wohnen“ forciert und nicht dem freien Markt überlassen werden.

Herr Gorißen merkt an, dass die Diskussion aktuell nichts mehr mit dem Antrag der SPD zu tun habe. Außerdem weist er darauf hin, dass es keine Vorschrift gäbe, die festlegt, wer zuhause gepflegt wird oder in einer Einrichtung.

Der Landrat weist abschließend darauf hin, dass aus formellen Gründen über den Antrag der SPD und nicht über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzustimmen sei. Dies sei zwingend, da erstmalig über den Antrag beschieden wird.

Herr Killewald wendet ein, dass aufgrund der Formulierung so nicht über den Antrag abgestimmt werden könne.

Ergänzend führt der Landrat aus, dass die Antragstellerin (SPD) als Herrin des Verfahrens verantwortlich sei für die Formulierung des Antrags. Bei der ersten Abstimmung über einen Antrag, sei zwingend über den Antrag abzustimmen. Dies werde immer so gemacht.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung: 8
Gegenstimmen: 9
Enthaltung: keine

Beschlussvorschlag:
Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.10.2014 wird abgelehnt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 83 /WP14

Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve
Bericht aus der letzten Sitzung

Herr Schreiber weist auf den Termin der nächsten Sitzung am 12.11.14 hin.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Anfragen

Es gibt keine Anfragen

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

nichtöffentliche Sitzung

Anfragen

Es gibt keine Anfragen

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

nichtöffentliche Sitzung

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Herr Schreiber schließt die Ausschusssitzung um 17:30 Uhr mit dem Hinweis auf die Termine im Jahr 2015.

Markus Dahms
(Schriftführer)

Schreiber, Adolf
(Vorsitzender)